

# ¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 834

Mittwoch, 23. Juli 2025

32. Jahrgang

## Inhaltsverzeichnis

<b>Das Ärgernis der STEG: die Millionen-Kosten, die der neue Tarifvertrag bringen wird.....</b>	<b>1</b>
CC hält den Tarifvertrag der STEG vertraulich.....	4
<b>Erdbeben in Guatemala.....</b>	<b>5</b>
<b>Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú wird mexikanische Staatsbürgerin.....</b>	<b>6</b>
<b>Eine kleine Pause in der ersten Hälfte des Augusts.....</b>	<b>6</b>

## **Das Ärgernis der STEG: die Millionen-Kosten, die der neue Tarifvertrag bringen wird**

*Vorbemerkung der Redaktion: Die STEG ist in Guatemala in allen Medien unbeliebt. Sie wird als geldgierig und korrupt dargestellt, insbesondere Joviel Acevedo, dem Präsidenten der STEG, werden Verbindungen zu korrupten Figuren nachgesagt. Andererseits sind manche Forderungen nachvollziehbar und für diese sollte eine Regierung, die sich dem Wohl der Bildungseinrichtungen verpflichtet fühlt, offen sein.*

*Infofern sei noch versichert, dass wir hier als Fijáte!-Redaktion die Stimmung in den Medien des Landes wiedergeben und dass die darin geäußerten Tendenzen nicht notwendigerweise die unsrige als Redaktion ist.*

**Guatemala, 15. Juli** - Bis zum 11. Juni 2025 waren die Delegierten des Bildungsministeriums und der Gewerkschaft der Beschäftigten im Bildungswesen in Guatemala (STEG) 47 Mal zusammengekommen, um über den Inhalt eines neuen Tarifvertrags über die Arbeitsbedingungen zu diskutieren und einen Konsens zu erzielen. Die Verhandlungen begannen mit dem Siegel „vertraulich“, aber in zuversichtlicher Stimmung am 29. Februar 2024 (nach dem Inhalt der Sitzungsprotokolle, zu denen Prensa Comunitaria Zugang hatte) und gingen bis zum 25. September letzten Jahres. Seitdem sind die Gespräche aufgrund der finanziellen Forderungen der STEG ins Stocken geraten. Die Gewerkschafter\*innen fordern die Aufnahme von neun Artikeln, bei denen es um einen unbekannten Betrag in Höhe von mehreren Millionen Dollar geht. Was ist passiert?

### **Ein tiefgreifender Konflikt, von dem nur Ungefährtes bekannt ist**

Proteste, Schulschliessungen, Strassenblockaden und eine in ein Zeltlager umgewandelte Plaza de la Constitución und ihre Umgebung sind Aktionen, die sich seit April wiederholen, als die wichtigsten Führer\*innen der Gewerkschaft der Beschäftigten im Bildungswesen in Guatemala (STEG) eine Arbeitsniederlegung als Druckmassnahme ausriefen, ohne dass die zugrunde liegenden Gründe zu diesem Zeitpunkt verstanden wurden.

Die departmentalen Sektionen der STEG sprachen von der Zahlung überfälliger Prämien, wie der Osterprämie, einer Gehaltsanpassung und der Aushandlung und Unterzeichnung eines neuen Tarifvertrags über die Arbeitsbedingungen. Als Reaktion auf die Forderungen der STEG kündigte die Regierung im Mai eine fünfprozentige Erhöhung des Grundgehalts und eine 20-prozentige Erhöhung der Zulagen für die Beschäftigten des Bildungsministeriums an, was 600 Millionen Q (= 66,3 Mio. €) im Jahr 2025 und 1,2 Milliarden Q (= 132,6 Mio. €) im Jahr 2026 entspricht. Diese wirtschaftlichen Vorteile reichten der Gewerkschaft jedoch nicht aus, um die Streitmassnahmen zu beenden. Im Gegenteil, sie eskalierte.

In der letzten Woche hielt die STEG den Aufruf zur Arbeitsniederlegung in den Schulen und zur Einberufung einer ausserordentlichen Versammlung aufrecht, deren physischer Sitz das Zeltlager in der Zone 1 der Hauptstadt ist. Zugleich aber blockierte sie die wichtigsten Autobahnen des Landes –trotz der durch die Kette von Erdbeben vom 8. und 9. Juli verursachten Notlage.

Am 10. Juli wurde berichtet, dass Gruppen von STEG-Mitgliedern (mit Unterstützung der Gewerkschaft der Beschäftigten im Gesundheitswesen) wichtige Straßen im ganzen Land lahmgelegt hatten, was die Regierung als „unsensibel und schamlos“ bezeichnete. Die Blockaden wurden diese Woche fortgesetzt.

Das Verfassungsgericht ordnete gestern an, dass die STEG die Besetzungen von Gebäuden und der Plaza de la Constitución aussetzen muss, während das Ministerium ankündigte, den Schulkalender in den Schulen, die am stärksten von der Unterbrechung des Unterrichts betroffen sind, zu verlängern.

Was ist der Grund für die Unzufriedenheit, was ist aus den Verhandlungen über den neuen Tarifvertrag des Bildungsministeriums geworden? Und was ist der Kern des Konflikts?

Die Differenzen zwischen der Regierung und der STEG werden in der Öffentlichkeit nur oberflächlich ausgetragen. Auf der einen Seite befürworten die Gewerkschafter\*innen Streikmassnahmen, die Unruhe und allgemeine Verwirrung stiften. Auf der anderen Seite verweisen die verantwortlichen Behörden, die wenig über das Grundproblem dieser Tarifverhandlungen aussagen, auf den „vertraulichen“ Charakter und weigern sich, Dritten oder der Presse Einblick in die Hintergründe dieser Gespräche zu gewähren.

### **Das Protokoll, das die ganze Geschichte erzählt**

Ein Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen wird im Einvernehmen mit den beteiligten Parteien ausgehandelt und als Gesetz mit Kapiteln und Artikeln abgefasst. Der aktuelle Tarifvertrag für das Bildungswesen besteht aus 80 Artikeln, die in 14 Kapitel unterteilt sind. (...) Der neue Tarifvertrag soll 81 Artikel umfassen, und laut den Protokollen, zu denen Prensa Comunitaria Zugang hatte, wurde bisher über 72 Artikel ein Konsens erzielt.

Über das Gesetz für den Zugang zu öffentlichen Informationen erfuhr Prensa Comunitaria den Inhalt von 46 der 47 Protokolle, die die Beschlüsse der einzelnen Tarifverhandlungen bestätigen und zusammenfassen. Die Lektüre dieser Dokumente zeigte, wie die Diskussionen bei den meisten Artikeln vorankamen und bei anderen ins Stocken gerieten, als sowohl das Bildungsministerium als auch die STEG feste Positionen zu den Forderungen einnahmen, für deren Erfüllung bestimmte Budgets erforderlich sind. Prensa Comunitaria fragte das Ministerium nach dem Betrag, erhielt aber keine Antwort.

Das Protokoll 47, das die Sitzung vom 11. Juni 2024 zusammenfasst, offenbart (zwischen den Zeilen) die offene Unzufriedenheit der Gewerkschafter\*innen. In dem Dokument heisst es, dass die STEG-Vertreter\*innen an diesem Tag die Schlussfolgerungen eines Berichts der Direktion für Finanzverwaltung (DAFI) über den in den Artikeln 60, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 72 und 80 des Entwurfs des Tarifvertrags enthaltenen wirtschaftlichen Vorschlag hörten, der den neuen Bildungsbehörden am 8. Januar 2024 auf „vertraulicher“ Basis vorgelegt wurde.

In dem Dokument, das von den Direktionen für Personal, Bildungsplanung (DIPLAN), Qualitätsmanagement im Bildungswesen (DIGECADE), Gemeinschaftsbeteiligung und Unterstützungsdienste (DGEPSA) und Stärkung der Bildungsgemeinschaft (DGEFOCE) ausgearbeitet wurde, heisst es, dass das Ministerium „nicht über die finanziellen und haushaltsmäßigen Voraussetzungen verfügt, um eine Verpflichtung einzugehen, die mit Artikel 26 des Haushaltsgesetzes übereinstimmt.“

Die Höhe dieser von der STEG beantragten wirtschaftlichen Vorteile wurde in den Unterlagen nicht erwähnt und vom Ministerium nicht mitgeteilt. „Dies ist nicht ratsam, da die budgetäre und finanzielle Verfügbarkeit des genannten Projekts für 2025 und die folgenden Jahre gewährleistet sein muss“, heisst es in dem Bericht. (...)

Die Entscheidung des DAFI wurde nicht veröffentlicht, was nur zu einem tieferen Riss zwischen der STEG und der Regierung führte. Im Falle der Gewerkschaft nahm die Zahl der Zelte im Lager auf der Plaza de la Constitución und rund um den Nationalen Kulturpalast zu, und es kam zu Straßenblockaden im ganzen Land.

Die Regierung feilte unterdessen an Verwaltungsverfahren gegen 6.500 Beschäftigte und Lehrende, die der Arbeit ferngeblieben waren; sie erhielt rechtlichen Rückhalt durch Gerichtsurteile gegen die Schulschliessungen und reichte bei der Staatsanwaltschaft (MP) Klage wegen Beschädigung des kulturellen Erbes ein. In diesem Tauziehen müssen Hunderte von Kindern und Jugendlichen, die die mehr als 5.000 von der STEG bestreikten Schulen besuchen, weiterhin ohne Unterricht, Essen und Schulmaterial auskommen.

### **Wann haben sich die Verhandlungen abgekühlt?**

Der Ursprung der allmählich eskalierenden Proteste, von denen Hunderte von Kindern und Jugendlichen betroffen sind, die staatliche und öffentliche Schulen besuchen, wird nach dem Inhalt der Gesprächsprotokolle auf den 11. September 2024 datiert, als die Verhandlungen aufgrund des fehlenden Konsenses zu den Artikeln 27 (über den Mutterschaftsurlaub) und 62 (wirtschaftliche Vorteile, darunter die Deckung der Schulkrankenversicherung, ein Programm, das in diesem Jahr von Präsident Bernardo Arévalo aufgehoben wurde), abzukühlen begannen.

Danach wurden bis zum Jahresende 10 weitere Sitzungen einberufen, ohne dass ein Konsens erzielt wurde: 18.9., 25.09., 09.10., 09.10., 23.10., 30.10., 06.11., 13.11., 27.11., 04.12. und 18.12..

In der Sitzung vom 23. Oktober diskutierten jedoch sowohl die Vertreter\*innen des Ministeriums als auch der STEG die beiden strittigen Artikel sowie neun weitere Artikel mit grossen Auswirkungen auf den Bildungshaushalt, dessen Höhe nicht bekannt ist. An diesem Tag wurde vereinbart, einen Weg zu finden, wie diese Forderungen erfüllt werden können, da die Gewerkschafter\*innen sich weigerten, vor dieser Verhandlung über die Artikel 27 und 62 zu sprechen. Das Vorgehen wurde am 30. Oktober und 6. November ausgearbeitet.

Am 13. November äusserten sich die Vertreter \*innen des Bildungsministeriums gegenüber dem STEG-Team zu einem dritten Punkt: der Analyse von Artikel 64, der eine prozentuale Gehaltsanpassung für alle Beschäftigten des Ministeriums vorsieht. Zu diesem Punkt erklärte das Ministerium, dass es gemäss dem Regierungsabkommen 312-2023, das am 31. Dezember 2024 in Kraft trat, verboten sei, wirtschaftliche Vorteile in Prozentsätzen des Anfangsgehalts und des Gesamtgehalts der Stellenklassen, Funktionstitel und Löhne auszuhandeln. Die STEG-Delegierten akzeptierten dieses Argument und erwägten, einen neuen Vorschlag zu unterbreiten, der am 27. November veröffentlicht wurde. An diesem Tag forderte die STEG das Ministerium auf, einen Gegenvorschlag zu den neun Artikeln zu unterbreiten, in denen wirtschaftliche Vorteile für die Arbeitnehmer\*innen vorgeschlagen werden und die sich auf die Finanzen des Ressorts auswirken, wobei nicht bekannt ist, in welchem Umfang. Am 4. Dezember gab das Ministerium den Verhandlungsweg für das Paket bekannt und die Gewerkschaft erklärte sich damit einverstanden. (...)

### **Wie die Gewerkschafter\*innen profitieren**

Die in diesen neuen Tarifverhandlungen erzielten Vereinbarungen enthalten Artikel, die den Arbeitnehmer\*innen und Lehrer\*innen, die den Gewerkschaften angehören, in diesem Fall der STEG und den ihr angeschlossenen Gewerkschaften, direkt zugute kommen. Diese Informationen sind in 46 der 47 Protokolle enthalten, zu denen Prensa Comunitaria Zugang hatte. Neben dem STEG sind vier weitere Gewerkschaften involviert: Einheitsgewerkschaft der Lehrer\*innen für einen Wandel (SUMC), Gewerkschaft der Lehrer\*innen und Angestellten im Bildungsbereich von Comalapa (SETAC), Gewerkschaft der Bildungsangestellten von Patzun (STEP) und die Lehrer\*innengewerkschaft von Poaqui "25. Juni" (SIMAP).

Folgende Arbeitszeitregelungen der Gewerkschaftsfunktionär\*innen sind im aktuellen Tarifvertrag festgelegt:

Völlige Freistellung der nationalen Gewerkschaftskomitees sowie für Vertreter\*innen der Gewerkschaftsführung in Huhuetenango, Alta Verapaz, Petén, Quetzaltenango, Quiché und San Marcos. Sechs freie Tage pro Monat für alle Mitglieder der Exekutivkomitees und zusätzlich 18 Tage für das Komitee insgesamt. Weitere freie Tage für jene Gewerkschaftsaktivitäten, die das Gesetz regelt sowie für die Vorbereitung und Teilnahme an Gewerkschaftskongressen auf allen Ebenen (national, departmental, Bezirk).

Fortbildungen: Teilnahme am Akademischen Programm für berufliche Entwicklung (PADEP) auf verschiedenen Ebenen, Teilnahme an regionalen pädagogische Kongresse und an departmentalen Lehrer\*innen-Fortbildungen

### **Freistellungen aufgrund privater Ereignisse**

Sieben Tage Freistellung aufgrund des Todes von (Ehe-)Partner\*innen, der Söhne/Töchter oder Eltern, von Großeltern und Schwiegereltern; fünf Tage Freistellung aufgrund des Todes der Geschwister; sieben Tage Freistellung aufgrund der Hochzeit oder nach Entbindung der Ehefrau oder Partnerin; vier Tage Freistellung bei Krankenhausaufenthalt von Eltern, Kindern oder Ehepartner\*in; fünf Tage Freistellung bei einer chirurgischen OP bei Eltern, Kindern oder Ehepartner\*in; Freistellung solange notwendig bei einer amtlichen oder juristischen Vorladung; Freistellung in einer Dauer, die von IGSS festgelegt wird bei chirurgischer OP, Krankheit. Bei einem Namens- oder Geburtstag ein Tag Freistellung für den ersten Werktag vorher oder nachher, wenn dieser auf einen Samstag, Sonntag oder Feiertag fällt.

Feiertage: 10. Mai Muttertag, 17. Juni Vatertag, 18. Juli Gründung des Bildungsministeriums, 5. Oktober Welttag der Lehrenden, Weihnachten (eine Woche), 24. und 31. Dezember Heiligabend und Neujahr

Freistellung laut eigener spezifischer Gesetzesartikel bei sonstigen freien Tagen und Ferienzeiten

### **Zur Vertraulichkeit des Entwurfs des Tarifvertrags**

Der vertrauliche Charakter, mit dem ein Dokument über die neuen Tarifverhandlungen an die neuen Bildungsbehörden übergeben wurde, war ein Thema, das während der Arbeitstage diskutiert wurde. So informierten die Ministerialdelegierten die Gewerkschaftsdelegierten am 8. Mai 2024 darüber, dass die Ministerin Anabella Giracca am 29. April des selben Jahres ein offizielles Schreiben an Joviel Acevedo, den Generalsekretär der STEG, geschickt hatte, in dem sie ihn aufforderte, den Stempel „vertraulich“ von dem Dokument zu entfernen. Sie erhielt keine Antwort.

Der Vertreter des Ministeriums fragte daraufhin, ob es möglich sei, zu diesem Zeitpunkt auf das Ersuchen zu antworten, woraufhin die Gewerkschafter\*innen antworteten, dass das Schreiben an die Gewerkschaftsvertretung (der Verhandlungen) hätte geschickt werden müssen und dass sie die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs (CSJ) über eine Berufung abwarten müssten, die von einer Gruppe von Anwält\*innen in diesem Sinne eingereicht wurde. Mit diesen Argumenten vermieden sie es, eine Erklärung abzugeben. Das Thema wurde erst am 22. Mai letzten Jahres wieder aufgegriffen. (...)

### **Kleidung, Schuhe und Sicherheit**

Bis zum 24. Juli 2024 drehten sich die Verhandlungen um Artikel 62 „Leistungen für das Bildungswesen“, der Folgendes umfasste: Materialien, Möbel und Ausrüstungen, der Didaktik-Koffer, Schulbedarf, Lehrbücher, Lebensmittel und

die Schulkrankenversicherung. In diesem Artikel wurden jedoch auch folgende Punkte berücksichtigt: kostenloser Internetzugang in allen staatlichen Schulen; technische Ausrüstung für Lehrer\*innen und Schüler\*innen; Sicherheit und Identifizierung aller Schüler\*innen; Hemden, Blusen, Hosen, Röcke, Schuhe und Sportbekleidung für Kinder und Jugendliche, die die Schulen besuchen; Trinkwasser in den Schulen; Wiederaufbau und Sanierung von Schulen; Bau von mindestens 10.000 Klassenzimmern als Reaktion auf die soziale Schuld seit 2003. Ausserdem forderten sie: Miniküchen und kulinarische Ausrüstung, Reinigungs- und Sicherheitspersonal.

Die Ministeriumsdelegierten wiesen darauf hin, dass die Hilfsprogramme den Bedarf an Nahrungsmitteln, Schulmaterial, Schulbüchern und Lehrmitteln decken und das kostenlose Programm kleinere Reparaturen und die Bezahlung von Grundleistungen umfasst. Am Ende der Sitzung wurden nur die in den „Bildungsleistungen“ enthaltenen Leistungen in die Unterstützungs- und kostenlosen Bildungsprogramme aufgenommen, mit Ausnahme der Schulkrankenversicherung, die Monate zuvor abgeschafft worden war.

2025 nahm die STEG die Forderungen nach Kleidung und Schuhen für die Schüler\*innen in den Schulen sowie nach Sicherheit, Grundversorgung und einem Glas Milch im Rahmen der Schulsanierung in die Reden der Proteste auf.

### **Zur freiwilligen Pensionierung**

Einer der Artikel, der sich auf die Finanzen des Ministeriums auswirken würde, ist Artikel 72, der die freiwillige Pensionierung von Lehrer\*innen vorsieht. Dieser Ansatz wurde am 14. August 2024 wie folgt diskutiert: "In Abstimmung mit anderen staatlichen Institutionen wird eine Kommission eingerichtet, die Lehrer\*innen mit mehr als 25 Dienstjahren einen freiwilligen, vorrangigen und gestaffelten Ruhestand gewährt; dabei werden 20 Gehälter gezahlt, die dem zuletzt bezogenen Gehalt entsprechen, entsprechend der registrierten Tarifklasse. Diese Kommission wird auch den Mechanismus zur Anhebung der Ruhestandsobergrenze auf mindestens 10.000 Q [= 1.100 € ] einrichten. Es ist nicht bekannt, wie hoch diese Leistung sein wird, wenn dieser Artikel angenommen wird. (...)"

In den 10 Sitzungen zwischen dem 15. Januar und dem 26. Mai wurden keine Fortschritte erzielt. Erst am 11. Juni wurde die Stellungnahme des DAFI bekannt und die Gewerkschafter\*innen erhielten eine Antwort auf ihre finanziellen Forderungen. Das Bildungsministerium erklärte, die Verhandlungen würden fortgesetzt und seien nicht ins Stocken geraten oder abgekühlten. Die Erhöhung des Grundgehalts und der Zulagen wurde aus dem Tarifvertrag ausgeklammert, da der aktuelle Vertrag eine Erhöhung nur für 2023 und nicht für die folgenden Jahre vorsieht.

Von Seite der STEG antwortete Generalsekretär Joviel Acevedo auf Fragen von Prensa Comunitaria mit dem Kommuniqué des Regionalkomitees der Bildungsinternationale für Lateinamerika (EILA), in dem den Gewerkschafter\*innen Solidarität bekundet wurde „im Zusammenhang mit den Mobilisierungen in verschiedenen Regionen des Landes angesichts der Schwierigkeiten, bei den Verhandlungen über den Tarifvertrag voranzukommen, ein Prozess, der nun schon seit mehr als einem Jahr ungelöst ist“. In dem Dokument heißt es weiter: „Am Donnerstag, den 10. und Freitag, den 11. Juli gingen die Lehrer\*innen der STEG erneut auf die Strasse, um Fortschritte bei den Verhandlungen zu fordern, die derzeit aufgrund der von der Regierung geförderten gerichtlichen Konsultationen und der einseitigen Entscheidung, eine Gehaltserhöhung zu beschliessen, ins Stocken geraten sind“.

Kinder, Jugendliche und Einzelpersonen sind von diesem Kampf (der auch eine starke wirtschaftliche Komponente hat) betroffen. In anderen Ministerien, Gemeinden und staatlichen Einrichtungen, in denen Tarifverträge in Kraft sind, kommt es nicht zu dieser Art von Konflikten, da die Zahl der Beschäftigten geringer ist und die Gewerkschaften mehrheitlich auf der Seite der Arbeitgeber\*innen stehen.

Im Falle des Bildungsministeriums mit mehr als 150.000 Beschäftigten würde eine Gehaltserhöhung von 200 oder 400 Q (22 bis 44 €), die aufgrund der Inflation und der gestiegenen Kosten für Grundgüter nicht repräsentativ ist, 1,2 Milliarden Q (132,6 Mio. €) ausmachen, was erhebliche Auswirkungen auf den Staatshaushalt hätte. Nachdem die DAFI nun deutlich gemacht hat, dass sie nicht über das Geld verfügt, um die neuen wirtschaftlichen Forderungen der STEG zu finanzieren, ist eine weitere Konfrontation absehbar, bis eine der Parteien bis Ende Oktober einlenkt.

Am 11. Juli erklärte die STEG, dass laut dem Urteil des Fünften Gerichts für Arbeit und soziale Sicherheit des Departments Guatemala der Nationale Vorstand dieser Gewerkschaft sowie die Sektions- und Untersektionsleitungen angewiesen wurden, die Forderung nach einer Ständigen Versammlung (in der zu einer Arbeitsniederlegung aufgerufen wurde) aufzugeben. Dieser gerichtliche Beschluss liess jedoch die Tür für die Einberufung ordentlicher und außerordentlicher Versammlungen offen. Die STEG teilte den Mitgliedsorganisationen auch mit, dass das Gericht nicht über das Recht auf Versammlungs-, Aktions- und Demonstrationsfreiheit auf persönlicher Ebene entschieden habe. Daher werden die Anhänger\*innen von Joviel Acevedo auf persönlicher Ebene das Lager auf der Plaza de la Constitución und die Bürgersteige des Kulturpalastes als Austragungsort der Außerordentlichen Versammlung und der Straßenblockade beibehalten, wie es letzte Woche geschehen ist. Im Moment liegt der Ball noch bei den Gewerkschaften. (Prensa Comunitaria)

### **CC hält den Tarifvertrag der STEG vertraulich**

**Guatemala, 16.Juli** - Das Verfassungsgericht (CC) hat beschlossen, eine Verfassungsklage der Nationalen Bürgerbewegung (MCN) gegen die Vereinbarung des Bildungsministeriums (MINEDUC) abzuweisen, die die Vertraulichkeit des

von der guatemaltekischen Bildungsgewerkschaft (STEG) unter der Leitung von Joviel Acevedo vorgelegten Entwurfs eines Tarifvertrags über die Arbeitsbedingungen akzeptiert.

Die Klage wurde am 14. November 2024 von der Bewegung eingereicht, da sie argumentiert, dass Verhandlungen, bei denen es um staatliche Mittel geht, transparent und öffentlich sein sollten.

Am Mittwoch, den 16. Juli, entschied das Verfassungsgericht jedoch, die Verfassungsklage gegen das Fragment des Ministerabkommens 544-2024 für unzulässig zu erklären, das die Beibehaltung der Vertraulichkeit des Forderungskatalogs des Tarifvertrags zwischen dem Bildungsministerium und der von Joviel Acevedo geführten STEG ermöglicht, so eine Erklärung des MCN. Auf diese Weise bleibt der Vorbehalt des Tarifvertrags in Kraft, während die STEG weiterhin Druck auf die Regierung von Bernardo Arévalo ausübt, um die Unterzeichnung des Abkommens zu erreichen.

### **So argumentiert die MCN**

Die MCN wies erneut darauf hin, dass diese Entscheidung gegen den Grundsatz von Artikel 30 der Verfassung verstossen sei, der besagt, dass alle Handlungen der öffentlichen Verwaltung der Öffentlichkeit zugänglich sein müssen.

„Die Undurchsichtigkeit, mit der dieser Pakt ausgehandelt wurde, hat über Jahre hinweg die Durchsetzung von Partikularinteressen erleichtert, die das nationale Bildungssystem zutiefst geschädigt haben“, so die Bewegung.

Nach Ansicht der MCN ermöglicht der fehlende Zugang zu Informationen die Einbeziehung unverhältnismässiger Privilegien, schränkt die Kontrolle der Bürger\*innen über die öffentlichen Ressourcen ein und beeinträchtigt die Qualität der Bildung. Gleichzeitig bekräftigte sie, dass alle Verhandlungen, bei denen es um staatliche Mittel geht, von Anfang an transparent sein müssen, und wies darauf hin, dass diese aus ihrer Sicht ungerechtfertigte Argumentation gegen die Verfassungsgrundsätze verstossen und dem Land hohe wirtschaftliche, institutionelle und soziale Kosten aufbürde.

Sie wies außerdem darauf hin, dass sie trotz des für sie ungünstigen Urteils des CC weiterhin Missstände anprangern, Transparenz fordern und die Republik gegen alle Formen der Intransparenz verteidigen werde, die die Rechte der Bürger\*innen beeinträchtigen.

Heute haben Vertreter\*innen der MCN in einem symbolischen Akt vor dem CC die Tatsache zurückgewiesen, dass die Verhandlungen im Geheimen geführt wurden, obwohl die Bildungsministerin Anabella Giracca erklärt hat, dass die Protokolle mit den an den Dialogischen besprochenen Informationen öffentlich seien. (La Hora).

## **Erdbeben in Guatemala**

**Guatemala, 16. Juli** - Am 8. Juli 2025 ereignete sich ein starkes Erdbeben in Guatemala, das die Region schwer traf. Das Beben hatte eine Stärke von 5,7 auf der Richterskala und ereignete sich 27 km südwestlich von Guatemala-Stadt in einer Tiefe von rund 10 Kilometern. Das Nationale Institut für Seismologie, Vulkanologie, Meteorologie und Hydrologie (INSIVUMEH) teilte am 9. Juli mit, dass die seismische Aktivität in den Departements Sacatepéquez, Escuintla und Guatemala in den nächsten Stunden wahrscheinlich anhalten werde. Die Institution empfahl der Bevölkerung, die offiziellen Informationen aufmerksam zu verfolgen, den Empfehlungen des Nationalen Koordinators für Katastrophenschutz (CONRED) zu folgen und Ruhe zu bewahren.

Seit dem Beginn der Erdbeben wurden mehrere Gebäude vorsorglich evakuiert. In Santa María de Jesús, Sacatepéquez, wurden bereits Todesfälle sowie Sachschäden in dieser Gemeinde und anderen Departements gemeldet. Laut Berichten in den sozialen Netzwerken haben sich in einigen Sektoren von Escuintla und Sacatepéquez mehrere Menschen dazu entschlossen, auf öffentlichen Plätzen die Nacht zu verbringen, da sie sich vor den ständigen tellurischen Bewegungen fürchten. Tatsächlich kam es zu mehrere Nachbeben, wobei das schwerste Nachbeben eine Stärke von 4,8 erreichte. In der Region entstanden Risse in Strassen und Gebäuden, einige Häuser und Kirchen wurden schwer beschädigt, und es wurden mindestens zwei Todesopfer gemeldet, laut CONRED sogar fünf Todesopfer. Die Erdbebenaktivität setzte sich in den folgenden Tagen mit weiteren Nachbeben fort, darunter ein Beben der Stärke 3,8 am 10. Juli und eines der Stärke 3,2 am 15. Juli. (vulkane.net; Auskunft von Thorben Austen, der auch in Xela ein Wackeln spürte.)

### **Kommentar von Pedro Trujillo in Prensa Libre vom 15. Juli:**

Es ist klar, dass niemand wirklich auf die Bewältigung von rund tausend Erdbeben innerhalb einer Woche vorbereitet ist. Es scheint jedoch, dass dieses Land nicht aus den Erfahrungen der Vergangenheit gelernt hat, die zu einer Verbesserung der Katastrophenhilfe hätten führen müssen, sowohl in materieller Hinsicht als auch in Bezug auf die Organisation und die Finanzierung. Ein deutliches Beispiel für diese Trägheit ist die Situation der Feuerwehrleute, die weiterhin in verfallenen Sammelboxen an den Ein- und Ausgängen verschiedener Ortschaften um Spenden bitten.

Auch die Fähigkeit zur strategischen Kommunikation und die Pflicht der Behörden, die Öffentlichkeit wahrheitsgemäß über die Realität der Lage zu informieren, sind Bereiche, in denen noch Fortschritte erzielt werden müssen. So sah man am Tag nach dem Hauptbeben, nach 9 Uhr morgens (...) den Präsidenten in Begleitung von Bediensteten durch die Strassen von Santa María de Jesús gehen, wobei er visuell und verbal ein Bild relativer Normalität vermittelte.

In den darauffolgenden Tagen zeichneten einige Abgeordnete - von der Partei SEMILLA oder Raices, denn es ist nicht mehr klar, welcher Partei sie angehören - ein ganz anderes und drastischeres Bild und beanspruchten für sich die Anerkennung von Hilfsleistungen, die in Wirklichkeit von altruistischen Bürger\*innen erbracht oder mit öffentlichen Mitteln finanziert wurden. Dies ist eine klassische Umkehrung opportunistischer Politiker\*innen, die nicht zögern, jede Situation auszunutzen, solange sie ihnen eine politische Dividende garantiert.

Wie ich eine solche räuberische Haltung hasse und ablehne! Die Realität ist ernster, und niemand scheint bereit zu sein, die Kosten dafür zu übernehmen, die im Übrigen nicht allein von der derzeitigen Regierung zu tragen sind. Wir wissen, dass es echte persönliche Tragödien bei Familien mit beschädigten Häusern gibt, die dringend einen sicheren Ort zum Leben und Zugang zu Lebensmitteln benötigen, aber die zusammengesbrochene Verkehrsinfrastruktur erschwert die verschiedenen Hilfen, so der Gouverneur. Die Hilfsgüter müssen auf der Strasse und über weite Strecken zu Fuß oder aus der Luft herbeigeschafft werden, was die Hilfsmassnahmen begrenzt und erschwert. Das wahre Ausmass der Schäden und die offiziellen Reaktionen (...) werden wir wahrscheinlich erst später erfahren, wenn die Politiker\*innen sich entschliessen, klar und rechtzeitig zu sprechen, sobald sie sich einig sind.

Diese Naturkatastrophe, mit der man stets versucht, politisch umzugehen, fand parallel zu einer lauten nationalen Debatte (...) über die geplante öffentliche Verschuldung der Regierung statt, die sich auf die Berichte des IWF stützt. Der IWF argumentiert [neuerdings?, d. Red.], dass noch mehr Schulden gemacht werden können, was hier als biblisches Gebot zur Rechtfertigung eines Haushalts, der höher als wünschenswert ist, herangezogen wird, obwohl der derzeitige Haushalt noch nicht einmal effektiv verwaltet wurde. Der Grund? Anhaltende Korruption, die anfangs als Vorwand diente, nun aber nach anderthalb Jahren erschöpft und inakzeptabel ist, weil sie längst hätte ausgemerzt werden müssen.

Die Erdbeben, die nichts mit politischen Zeiten und Abstimmungen zu tun haben, haben die ineffizienten Systeme, die einige angeblich aufgebaut haben, sowie Versäumnisse bei der Kommunikation und den allgemein angewandten wirtschaftlich-finanziellen Strategien offengelegt. In einem Land wie diesem, das von verschiedenen Ereignissen geplagt wird, neigen wir dazu, einen Skandal mit einem anderen zu überdecken, nach der beliebten Logik, dass ein Nagel einen anderen Nagel herauszieht. Infolgedessen wird sich dieses Erdbebenproblem in einigen Wochen in Luft auflösen, gefolgt von einer anderen, ebenso unvorhersehbaren Situation, die uns beschäftigen und dazu führen wird, dass wir ein Thema abschliessen, um uns auf das nächste zu konzentrieren, das sicherlich ebenso unerwünscht ist.

### **Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú wird mexikanische Staatsbürgerin**

**Mexiko-Stadt, 17. Juli** - Rigoberta Menchú, Friedensnobelpreisträgerin von 1992, erhielt am Mittwoch, dem 16. Juli, im mexikanischen Außenministerium (SRE) ihr Einbürgerungsschreiben, das sie als mexikanische Staatsbürgerin ausweist. Wie die SRE mitteilte, nahm Außenminister Juan Ramón de la Fuente in Vertretung von Präsidentin Claudia Sheinbaum die Übergabe vor. Während der Zeremonie würdigte der mexikanische Minister Menchús Werdegang sowie ihren Kampf für die Verteidigung der Menschenrechte und der indigenen Völker. Er hob auch ihre Beiträge zum akademischen Leben an verschiedenen Universitäten in Mexiko und auf der ganzen Welt hervor. Wie die Nachrichtenagentur EFE berichtet, unterhält die guatemaltekische Aktivistin seit Jahrzehnten enge Beziehungen zu Mexiko, insbesondere nach ihrem Exil während des internen bewaffneten Konflikts in Guatemala. Aus diesem Grund symbolisiert die Übergabe des Dokuments die Anerkennung des mexikanischen Staates für eine bedeutsame Figur des indigenen Kampfes in Lateinamerika. (La Hora)

### **Eine kleine Pause in der ersten Hälfte des Augusts**

Die Fijáte!-Redaktion macht eine Ausgabe Pause.

Das heisst das Heft 835 wird am 20. August erscheinen.

Bis dahin schöne Sommerzeit!

**Theresa und Stephan**

**;Fijáte!**  
vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>  
[www.facebook.com/fijateMagazin](http://www.facebook.com/fijateMagazin)

**Redaktion:** [fijate@mail.de](mailto:fijate@mail.de)  
Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)  
Theresa Bachmann - [theresabachmann95@web.de](mailto:theresabachmann95@web.de)

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Verein **;Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

**Abo-Verwaltung:** [fijate@mail.de](mailto:fijate@mail.de)

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnement: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €  
Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

**Konto-Nr. für alle Abonent\*innen:**

IBAN: CH380900000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6